Herr Bundesrat
Ignazio Cassis
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

swissuniversities

E-Mail: vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Komitee

Bern, 18 Juli 2025.

Dr. Luciana Vaccaro

Präsidentin

T +41 31 355 07 56

luciana.vaccaro@

swissuniversities.ch

swissuniversities

Effingerstrasse 15, Postfach

3001 Bern

www.swissuniversities.ch

Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU»

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

swissuniversities dankt Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz – EU» Stellung zu nehmen.

1. Die Schweizer Hochschulen unterstützen das Abkommen mit der EU

Stabile und dauerhafte Beziehungen zur Europäischen Union (EU) sind unerlässlich, um die wissenschaftliche Exzellenz zu erhalten, Innovationen zu fördern und den Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern. Aus dieser Überzeugung heraus unterstützen die Hochschulen das vom Bundesrat unterzeichnete Vertragspaket mit der EU. Mit ihrer Unterstützung für dieses Abkommen bürgen die Hochschulen nicht nur für ihre akademische Exzellenz und Innovationskraft, sondern auch für den Wohlstand der gesamten Schweiz.

Für die Schweizer Hochschulen sind stabile Beziehungen zur EU der beste Garant für eine vollständige Integration in die Forschungs- und Bildungsprogramme. Das Vertragspaket/die Bilateralen III bildet ein Gesamtpaket (Guillotina-Klausel). Wird es nicht als Ganzes angenommen, könnte die gesamte Schweizer Beteiligung an EU-Programmen (Horizon Europe, Erasmus+ usw.) nach 2028 eingestellt werden.

2. Rechtssicherheit und Stabilität

In einer von grossen Unsicherheiten geprägten Welt ist es von entscheidender Bedeutung, die Stabilität der Beziehungen auf unserem Kontinent zu fördern. Das Vertragspaket mit der EU schafft einen geregelten und nachhaltigen Rahmen mit dem wichtigsten Partner unseres Landes. Das 2025 genehmigte Vertragspaket garantiert der Schweiz die für Unternehmen, Hochschulen und öffentliche Institutionen unverzichtbare Rechtssicherheit. Es gewährleistet einen harmonisierten Rahmen für den Wirtschaftsaustausch, Forschungsprojekte, die Mobilität von Akademikerinnen und Akademikern sowie grenzüberschreitende Verträge.

Diese Sicherheit ermöglicht es Hochschulen, ohne rechtliche Hindernisse an europäischen Konsortien teilzunehmen, Forschenden, Kooperationsvereinbarungen nach europäischem Recht abzuschliessen, und Unternehmen, nach für beide Seiten klaren Regeln in der EU zu

investieren. In paritätisch besetzten gemischten Ausschüssen können Differenzen geklärt werden.

3. Europäische Forschungsprogramme

Das Abkommen über die EU-Programme (European Union Programmes Agreement, EUPA) bildet den rechtlichen Rahmen für die Teilnahme der Schweiz an EU-Programmen. Derzeit umfasst es die Teilnahme an «Horizon Europe», am Euratom-Programm, an der Forschungsinfrastruktur ITER, am Programm «Digital Europe» (zusammengefasst unter der Bezeichnung «Horizon-Paket» 2021–2027), an Erasmus+ und an EU4Health. Es eröffnet auch die Möglichkeit einer künftigen Teilnahme an weiteren EU-Programmen. Mit jeder neuen Programmgeneration kann die Schweiz überprüfen, an welchen Programmen, die für die Beteiligung von Drittstaaten offen sind, sie sich beteiligen will.

swissuniversities begrüsst die Perspektiven, die sich mit der bevorstehenden Unterzeichnung des EUPA eröffnen. Wie in der strategischen Planung «Koordination der Hochschulpolitik auf nationaler Ebene 2025–2028» betont, ist die Verabschiedung dieses EUPA-Vertragspakets für die Schweizer Hochschulen von zentraler Bedeutung. Diese Programme bieten Schweizer Institutionen die Möglichkeit, Spitzenprojekte durchzuführen, Zugang zu den sehr wettbewerbsintensiven und renommierten Forschungsstipendien des ERC (European Research Council) und den Marie-Sklodowska-Curie-Stipendien (MSCA) zu erhalten, internationale Talente anzuziehen und ihre Integration in europäische Kooperationsnetzwerke zu festigen. Der ERC unterstützt Spitzenforschungsprojekte von herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und ist eines der wettbewerbsfähigsten und anerkanntesten Instrumente weltweit. In der Vergangenheit waren die Hochschulen sehr erfolgreich und konnten so nicht nur beträchtliche europäische Fördermittel einwerben, sondern auch bedeutende wissenschaftliche Anerkennung für die Schweiz erlangen. Die Schweizer Industrie ist durch die angewandte Forschung ebenfalls voll in diese Projekte eingebunden.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Schweiz ihre Führungsposition und Attraktivität in den Bereichen Forschung und Innovation behält. Je länger die Nichtassoziiierung andauert, desto größer ist das Risiko, dass hochqualifizierte Forschende und innovative Unternehmen in Nachbarländer mit attraktiveren Bedingungen abwandern. Langfristig könnte die Schweiz nicht nur ihre weltweit führende Position in Forschung und Innovation verlieren, sondern auch an Attraktivität als Wirtschaftsstandort einbüßen.

4. Europäische Bildungsprogramme

swissuniversities unterstreicht die Bedeutung und Kohärenz aller Programme, die in der EUPA enthalten sind. Es gibt somit keine klare Abgrenzung zwischen Bildung, Forschung und Innovation. In Bezug auf Erasmus+ hebt swissuniversities folgende Punkte hervor:

- Erasmus+ ist heute weit mehr als ein Mobilitätsprogramm, es bietet umfassende Unterstützung für den internationalen Austausch und die internationale Zusammenarbeit. Es spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Förderung der Internationalisierung der Hochschulbildung in Europa, wobei der Schwerpunkt auf den Themen Inklusion, Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Kompetenzförderung (Union of Skills) liegt. Erasmus+ leistet damit einen wichtigen Beitrag zur persönlichen und beruflichen Entwicklung einer breiten Palette von Lernenden.
- Erasmus+ unterstützt insbesondere die Europäischen Hochschulallianzen, an denen sich über 40 % der Schweizer Hochschulen aktiv beteiligen, um den europäischen Forschungs- und Bildungsraum der Zukunft zu gestalten. Diese Europäischen Hochschulallianzen sind ein wirksames Instrument zur Stärkung der Internationalisierung aller

Schweizer Hochschulen, von den Forschungsteams über die Studierenden bis hin zur Verwaltung. Die Finanzierung dieser Schweizer Beteiligung an den Allianzen muss durch eine langfristige Assoziierung gesichert werden. Eine fehlende Assoziierung auf europäischer Ebene würde ihre Beteiligung einschränken, ihre Sichtbarkeit schwächen und langfristig die Rolle der Schweiz im europäischen Hochschulraum gefährden.

- Die Schweizer Lösung deckt nur wenige der im Rahmen von Erasmus+ vorgesehenen Massnahmen ab, insbesondere diejenigen der Leitaktionen 2 «Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Einrichtungen» und 3 «Unterstützung der Politikgestaltung und Zusammenarbeit».

In einem angespannten internationalen Umfeld würde eine Vollasoziiierung mit Erasmus+ der Schweiz auch ermöglichen, ihre Beziehungen zu Europa zu stärken und ihre Exzellenz in Bildung und Wissenschaft zu bewahren.

Im Hinblick auf eine mögliche Wiederassoziiierung mit Erasmus+ ab 2027 möchte swissuniversities folgende Bemerkungen machen:

- Die Assoziierung an Erasmus+ ab 2027 darf nicht zu Lasten der Finanzierung des BFI-Bereichs gehen, der bereits stark von den Sanierungsmassnahmen betroffen ist.
- Die Hochschulen müssen sich in einem sehr unsicheren Umfeld und ohne zusätzliche Mittel auf die Wiederassoziiierung im Jahr 2027 vorbereiten. Für die meisten von ihnen ist dies eine grosse Herausforderung.
- Damit ein Beitritt ab 2027 realisierbar ist, müssen die Budgetentscheide spätestens im Herbst 2026 gefällt werden.

5. Grundsatz der Nichtdiskriminierung und Auswirkungen auf die Studiengebühren

Gemäss dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern müssen die Schweizer Hochschulen ihre Gebührenpolitik harmonisieren. Somit müssen EU-Studierende die gleichen Gebühren entrichten wie Schweizer Studierende. Viele Hochschulen werden daher mit erheblichen finanziellen und strukturellen Herausforderungen konfrontiert sein, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass, wenn bei den Studiengebühren nicht mehr zwischen inländischen Studierenden und Studierenden aus der EU unterschieden wird. Auf nationaler Ebene müssen Lösungen für die Schweizer Hochschulen gefunden werden, damit sie ihre Qualität, ihre Kapazitäten und die notwendige Finanzierung weiterhin gewährleisten können. Sie sind zuversichtlich, dass geeignete Massnahmen ergriffen werden können, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, und begrüssen die für die ETH vorgesehenen Abfederungsmassnahmen sowie die Massnahmen des Bundes zugunsten der zuständigen Kantone und ihrer Hochschulen, um eine angemessene Übergangsphase zu gewährleisten.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung der Stellungnahme von swissuniversities und verbleibe, sehr geehrter Herr Bundesrat, mit freundlichen Grüssen

Dr. Luciana Vaccaro
Präsidentin